

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Juni 1961

I. <u>Politische Ereignisse</u>	<u>Seite:</u> 1
1) Schwierigkeiten mit der Dezentralisierung	1
2) Wachstumsprobleme der Partei	4
II. <u>Wirtschaft</u>	7
1) "Vernachlässigte" Bauernhöfe	7
2) Seewirtschaft	9
III. <u>Soziale und kulturelle Probleme</u>	12
1) Schulreform	12
2) Wie wohnt man in Polen	13
3) Die zurückgebliebene Provinz	14
4) Rentnerleben in Polen	15
IV. <u>Polen und das Ausland</u>	16
1) Posener Messe	16
2) Richtlinien des polnischen Außenhandels	17
3) Großbritannien als Handelspartner Polens	18

I. Politische Ereignisse

1) Schwierigkeiten der Dezentralisierung

Eine der Folgen der Entstalinisierung in Polen war die Lockerung des streng zentralistischen Systems, das bis zum Jahre 1956 in Polen herrschte. In einem System, das durch die Diktatur einer Partei gekennzeichnet ist, kann von einer Dezentralisierung im politischen Sinne natürlich nicht die Rede sein. Auf dem Gebiete der Politik und Ideologie entscheidet nur eine zentrale Parteinstanz. Jedoch auf anderen Gebieten, vor allem auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene strebt man schon seit fast 5 Jahren eine Verlagerung der Entscheidungs- und Planungsbefugnisse auf die Organe der provinziellen Verwaltung - die sogenannten Volksräte - an.

Die zur Stalinzeit praktizierte zentralistische Verwaltung und Planung der Wirtschaft hatte oft fast groteske Formen angenommen und verursachte schwere Schäden. Auf dem Gebiete der kulturellen Entwicklung verschuldete die zentralistische Politik stalinistischer Prägung einen Zustand, den man heute in Polen etwa folgendermassen umreißt: Außer Warschau und einigen größeren Zentren ist das Land zu einer kulturellen Wüste geworden.

Die Bemühungen des GOMULKA-Regimes um die Beseitigung dieser Folgen der vergangenen Periode konnten nur schrittweise verwirklicht werden. Eine Dezentralisierung kann nur dann durchgeführt werden, wenn man die Macht, die bisher zentralistisch ausgeübt wurde, in kompetente Hände übertragen kann. Die Provinz wurde aber seit Jahren von jenen Kadern entblößt, die diese Aufgabe übernehmen könnten. Sie wurden bereits während des Krieges durch die planmäßige Vernichtungspolitik der nazistischen und sowjetischen Besatzer Polens weitgehend dezimiert. Die nach dem Kriege herangebildeten jungen Kader wurden sehr schnell von der zentralistischen Pumpe aufgesaugt und ließen sich nur in großen Zentren nieder. Das trostlose Leben in der polnischen Provinz konnte einem jungen, ehrgeizigen Menschen kaum etwas bieten.

Trotz der großen Anstrengungen der letzten 5 Jahre konnte dieser Zustand nicht wesentlich verbessert werden. Der Mangel an geeigneten Kadern in der Provinz stellt eine natürlich Grenze aller Bemühungen um die Dezentralisierung dar.

Dieser schwierigen und für die künftige Entwicklung Polens äußerst wichtigen Frage wurde die letzte Arbeitssitzung des Zentralkomitees in Warschau gewidmet. Sie fand Ende Juni statt. An ihr nahmen zahlreiche Vertreter der Volksräte, die keine Mitglieder des ZK sind, teil.

Parteichef GOMULKA wies in seinem Referat darauf hin, daß der Prozeß der Übertragung der bisher zentralverwalteten Befugnisse auf die provinziellen Behörden im Prinzip schon abgeschlossen sei. Das bedeuete praktisch aber nur, daß man Befugnisse, auf welche die zentralen Behörden verzichten wollten, auf die höchsten Organe der provinziellen Verwaltung, die sogen. Wojewodschafts-Volksräte, übertragen habe.

Das Gebiet Polens ist in 17 Wojewodschaften aufgeteilt. Niedrigere Verwaltungseinheiten sind Kreise und Gemeinden (eine Landgemeinde umfaßt mehrere Dörfer). An der Spitze der Verwaltung einer jeden der genannten Verwaltungseinheiten steht ein Volksrat.

Die von den Zentralbehörden abgetretenen Befugnisse sollten sinn- und zweckgemäß auf alle Stufen der Verwaltung übertragen werden. Das ist aber nicht geschehen. Die Wojewodschaftsvolksräte behielten also bisher alle Befugnisse, die sie eigentlich mit Kreis- und Gemeinderäten teilen sollten, weil diese niedrigeren Organe die ihnen zugedachte Aufgaben noch nicht bewältigen können.

Die letzte Sitzung des ZK und der Vertreter der Volksräte war als Beginn einer zweiten Etappe der Dezentralisierung gedacht. Nun sollen nach und nach die Kreis- und Gemeinderäte mit Befugnissen ausgestattet werden, die ihnen eine aktive Beteiligung an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes sichern. Sie sollen, wie man in Polen sagt, zu "Hausherrn" im eigenen Verwaltungsbereich werden.

Es läßt sich schlecht voraussagen, daß diese bevorstehende Etappe der Dezentralisierung viel schwieriger sein wird, als die vergangene. Aus dem Referat GOMULKAs kann man entnehmen, daß man diese Schwierigkeiten durch eine Umgruppierung im Verwaltungsapparat zu überwinden hofft.

Die während der stalinistischen Periode zustandgekommene Aufblähung der Bürokratie ist durch die in den letzten Jahren durchgeführten Verwaltungsreformen reduziert und auf einen ungefähr normalen Stand gebracht worden. GOMULKA vertritt die Meinung, daß der zahlenmäßig stark verkleinerte Verwaltungsapparat die neuen Aufgaben, die an die Volksräte gestellt werden, zu bewältigen durchaus im Stande sein wird. Nur müßte man einen Teil der Kader, die im Apparat der Wojewodschafts-Volksräte stecken, in die Kreis-Volksräte versetzen, die im Augenblick zu wenig ausgebaut sind.

Dieses Rezept erscheint verblüffend einfach: Die gleichen Leute können größerer Aufgaben Herr werden, wenn man sie anders auf die einzelnen Verwaltungsorgane verteilt. Allerdings liegt die Befürchtung nahe, daß die Verwaltungskräfte, die bisher im Apparat der Wojewodschaftsräte keine selbständigen Funktionen ausübten, versagen werden, wenn man sie plötzlich vor solche Aufgaben stellt, die eine selbständige Entscheidungsfähigkeit voraussetzen. Die Einbeziehung der Kreis-Volksräte in den Prozeß der Dezentralisierung der Verwaltung wird erst dann im vollen Ausmaße möglich sein, wenn das Problem der qualifizierten Kader gelöst worden ist. Das ist aber ein Programm für mehrere Jahre.

Noch schwieriger gestaltet sich dieses Problem bei den niedrigsten Organen der örtlichen Verwaltung, den Gemeinde-Volksräten. Diesen Gemeinderäten ist im neuen Plan eine besondere Aufgabe zugedacht worden. Sie sollen die Ausarbeitung der Pläne für die Entwicklung der Landwirtschaft übernehmen. Hier sieht der Parteichef GOMULKA die Situation mit nüchternen Augen:

"Die jetzigen Büros der Gemeinderäte sind in der Mehrzahl nicht imstande, die Planentwürfe ohne Beihilfe der Kreisräte auszuarbeiten. Sie verfügen nicht über die notwendigen statistischen Unterlagen, und ihre Mitarbeiter besitzen keine ausreichenden Erfahrungen".

Bei dem neuen Programm der erweiterten Dezentralisierung handelt es sich um mehr als eine Verwaltungsreform. Die bisherigen Versuche einer Stabilisierung der Wirtschaft und Beseitigung des verhängnisvollen kulturellen Gefälles in Polen brachten nur bescheidene Erfolge. Die wirtschaftliche und kulturelle Aktivierung der Provinz ist ein fernes Ziel, das aber erreicht werden muß, wenn man Wohlstand in Polen erreichen will. Auch die bestfunktionierende Verwaltung wird diese Aktivierung nicht alleine herbeiführen können, weil sie ohne Mitwirkung der Massen nicht erreichbar ist. Mit dieser Mitwirkung ist es augenblicklich nicht zum Besten bestellt. Umgekehrt müßte auch die größte Begeisterung und Ausdauer der Bevölkerung an einer unfähigen und korrupten Verwaltung scheitern. Das hat man schon einmal in den ersten Jahren des Sechsjahresplanes (1950-55) erlebt, und das soll sich nicht wiederholen. Deshalb will GOMULKA die Voraussetzung schaffen, um mit einer späteren Mobilisierung der Massen endlich die Hebung des materiellen und geistigen Lebensstandards der Bevölkerung zu erreichen.

2) Wachstumsprobleme der Partei

Vor ungefähr drei Jahren wurde die letzte größere Säuberung der Partei durchgeführt. Sie trug keineswegs Merkmale der berüchtigten Säuberungen aus der stalinistischen Zeit, man vermied sogar die Bezeichnung und bediente sich des Wortes "Verifizierung", das etwa Überprüfung und Beglaubigung der Mitglieder bedeuten sollte. Diese Maßnahme erfüllte einen doppelten Zweck: Erstens wollte man die Parteilisten von zahlreichen korrupten Elementen säubern, zweitens wollte man allen den Parteiausweis wegnehmen, die schon seit langem nur nominelle Mitglieder waren und keinen aktiven Anteil an der Parteiarbeit hatten. Von der damaligen "Überprüfung" der Parteimitglieder versprach man sich etwas zu viel, und nicht alles konnte erreicht werden. Die interne Parteidisziplin hat sich seit jener Zeit zweifellos gebessert, die Autorität der Partei in den Augen der Bevölkerung konnte dagegen nicht hergestellt werden.

GOMULKA hatte nicht nur an die politische, sondern auch an die moralische Autorität der Partei gedacht; ein Kommunist sollte für alle anderen ein leuchtendes Vorbild auch im moralischen Sinne werden. Die Wirklichkeit der folgenden Jahre entsprach aber kaum dem Wunschbilde des Parteichefs. Cliguenwirtschaft und Korruptionsfälle kommen weiterhin unter den Parteimitgliedern sehr oft vor, obwohl sie mit gesteigerter Strenge bekämpft werden.

Immerhin ist es interessant, die Entwicklung nach der letzten Säuberung zu verfolgen. Einen Teil dieser Problematik, nämlich die Schwierigkeiten, die aus der zahlenmäßigen Entwicklung der Partei entstehen, untersuchte jetzt das prominente Politbüromitglied Roman ZAMBROWSKI.

Nach der Beendigung der vor drei Jahren durchgeführten Parteisäuberung stagnierte für eine gewisse Zeit die stark verminderte Mitgliederzahl. Nach Angaben ZAMBROWSKIs traten der Partei in den ersten vier Monaten des Jahres 1958 nur 3.000 neue Kandidaten bei. In den ersten vier Monaten dieses Jahres waren es aber schon 86.000. Insgesamt meldeten sich in den letzten drei Jahren 300.000 neue Parteimitglieder.

Am 1. Mai dieses Jahres zählte die Parteiorganisation in Polen insgesamt 1.235.000 Mitglieder und Kandidaten. Die neuen, die hauptsächlich während der letzten zwei Jahre aufgenommen wurden, machen also fast ein Viertel des Gesamtstandes der Partei aus.

In den ersten Monaten nach dem Oktober 1956 machte man GOMULKA oft zum Vorwurf, daß er keine Entstalinisierung des Parteiapparates vornehmen wolle. Wäre er damals konsequent diesem Wunsch nach einer rücksichtslosen Säuberung der Partei von Stalinisten nachgekommen, so hätte er das Rückgrat der schwer angeschlagenen Partei brechen müssen, weil damals der gesamte Parteiapparat stalinistisch war. Wenn man diese Dinge aus der Perspektive der dazwischen liegenden Zeit betrachtet, muß man zugeben, daß man von einem gläubigen Kommunisten, und das ist GOMULKA, damit etwas völlig unmögliches verlangt hatte. Heute ist man Zeuge einer Entwicklung, die man als eine "natürliche Entstalinisierung" bezeichnen könnte. Dieser Prozeß schreitet zwar sehr langsam fort, aber er ist jetzt bereits deutlich spürbar. ZAMBROWSKI schreibt ziemlich offen darüber, obwohl er natürlich solche Worte wie "Entstalinisierung" meidet:

"Diese mehrere Hunderttausend Mann zählende Armee (der neuen Mitglieder und Kandidaten) bringt eine Ladung neuer Werte mit sich. Verbunden mit jenen Werten, die die alten erfahreneren Kader der Partei repräsentieren, können sie das Potential der ganzen Partei stark vergrößern. Es sind überwiegend junge Leute, mit großen beruflichen Qualifikationen und mehr Bildung (als die alten Mitglieder haben). Sie reifen politisch in einer neuen Periode der Entwicklung des Sozialismus, in der sich ... dieser Sozialismus verwandelt hat.

Unter den Neuaufgenommenen bilden die Arbeiter (meist gelernte Arbeiter) die Mehrzahl. Ihr prozentueller Anteil an der Gesamtzahl der neuen Mitglieder und Kandidaten ist größer als in dem bisherigen Gesamtstand der Organisation. Das ist für die Parteileitung wichtig, da sie schon seit Jahren die soziale Struktur der Partei, in der sich die Arbeiter in der Minderheit befinden, ändern und verbessern will. Das gleiche läßt sich über den Anteil der Bauern in der Parteiorganisation sagen. Die Partei auf dem Lande ist sehr schwach, die Zahl ihrer Mitglieder dort übersteigt nicht 12 %, und man darf nicht vergessen, daß es sich dabei in der

Mehrzahl nicht um Bauern, sondern um die Landarbeiter, Traktoristen, Mechaniker aus den MTS und sogar um die auf dem Lande wohnenden Industriearbeiter handelt. Der Anteil der Dorfeinwohner überstieg im März und April d.J. immerhin schon 20 % und das ist ein beachtlicher Fortschritt."

Wenn man den Worten ZAMBROWSKIs glauben darf, zeichnen sich die neuen Mitglieder und Kandidaten durch großen Eifer und Aktivität aus. Das kann eine Übergangserscheinung sein, wie man sie oft bei Neuen beobachtet. Sollte sie ein dauerndes Merkmal der meisten Neuaufgenommenen bleiben, so würde es das spezifische Gewicht dieser Mitgliedergruppe in der Parteiorganisation noch vergrößern. ZAMBROWSKI verlangt, man solle für den Aktivitätsdrang der Neuen einen günstigeren Rahmen schaffen und alles beseitigen, was die Initiative dieser Mitglieder und Kandidaten hemmen könnte. Sie sollen zum selbständigen Denken und Handeln angespornt werden. Und vor allem soll man den Neuen, die sich durch besondere Begabung und Aktivität auszeichnen, den Weg in die Exekutiven und Komitees der Partei ebnen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hier eine planmäßige Kaderepolitik umrissen wird, die die Rolle der neuen Elemente in der Partei immer mehr steigern soll, so daß damit eine "Entstalinisierung auf dem natürlichen Wege" erfolgen wird. Diese Evolution ist sehr bemerkenswert, weil ihre Konsequenz, die völlige Umgruppierung der Partei, in relativ wenigen Jahren zutage treten wird. Auch wenn man einräumt, daß die Menschen, die sich jetzt und in den nächsten Jahren der Partei anschließen, keineswegs dem politischen und moralischen Ideal entsprechen, das GOMULKA vorschwebt, hat schon die Tatsache, daß die neuen Mitglieder nicht durch die politische "Schule" des Stalinismus gegangen sind, eine sehr große Bedeutung. Noch mehr Bedeutung muß man der Tatsache beimessen, daß man die Aufnahme solcher Menschen in den Parteiapparat und in die Parteinstanzen forciert.

II. Wirtschaft

1) "Vernachlässigte" Bauernhöfe

Vor drei Monaten, am 9. April, kurz vor den Wahlen zum Sejm, fand sich der Parteichef GOMULKA in Posen ein, um dort Wählerfragen zu beantworten. Die Fragenden waren Bauern der Posener Wojewodschaft. Eine der Fragen lautete: Was soll mit den Bauernhöfen geschehen, die von ihren Besitzern absichtlich oder unabsichtlich vernachlässigt werden. GOMULKA antwortete, daß man solche Bauernhöfe enteignen wird, wenn keine andere Lösung möglich ist. Es ist unbedingt ein Beweis der Ehrlichkeit GOMULKAs, wenn er kurz vor den Wahlen nicht zögerte, Maßnahmen anzukündigen, die von der Mehrzahl der Bauern nicht gerade befürwortet werden. Dieses Problem wird in Polen immer aktueller und stand am 26. Juni, während des letzten Plenums des ZK, noch einmal ausführlich zur Beratung.

Das Problem der verkommenen Bauernhöfe beschränkt sich keineswegs auf Ausnahmefälle. Aus Angaben GOMULKAs geht hervor, daß die Gesamtfläche solcher Bauernhöfe 300-350.000 ha umfaßt. Diese Zahl macht erklärlich, warum man sich mit diesem Problem so intensiv befaßt.

Bevor man sich mit den Gründen beschäftigt, warum so viele Bauernhöfe verkommen, muß auf einige spezifische Merkmale der Entwicklung auf dem Lande in Polen hingewiesen werden. Diese Merkmale sind: 1. rückschrittliche Bewirtschaftungsmethoden einer großen Zahl polnischer Bauernhöfe. (Folge der lange dauernden allgemeinen wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes). 2. Entlösung weiter Gebiete des flachen Landes von jungen Bauern, die in den Städten Arbeit und bessere Lebensbedingungen finden; 3. Übernahme einer Anzahl von Bauernhöfen durch Menschen, die niemals selbständige Bauern sondern Landarbeiter oder ähnliches waren (eine Folge der Bodenreform und der Ansiedlung in den Oder-Neiße-Gebieten); 4. ablehnende Haltung der Mehrzahl der Bauern gegenüber dem kommunistischen System in Polen.

Wenn man diese spezifischen Merkmale kennt, werden die von GOMULKA aufgezählten Gründe klar, warum 1,5 % aller Bauernhöfe in Polen als verkommen bezeichnet werden müssen. Hier die Liste der Gründe, die GOMULKA in seinem Referat vor dem ZK-Plenum aufzählte:

Fortgeschrittenes Alter der Hofbesitzer und Mangel an Arbeitskräften, das Fehlen von ausreichenden Wirtschaftsräumen, das Fehlen von lebendigem und

totem Inventar, Unfähigkeit und Unvermögen, Fahrlässigkeit, Trunksucht, Schicksalsschläge.

"In einer Zeit, in der wir zu umfangreichen Einfuhren von Brot- und Futtergetreide gezwungen sind, dürfen wir der Frage der verkommenen Bauernhöfe nicht tolerant gegenüberstehen" - meinte GOMULKA vor dem ZK. Das ist zweifellos ein sehr einleuchtender Grund, doch schon die Aufzählung der Gründe für das Verkommen zahlreicher Bauernhöfe genügt, um einzusehen, daß in den meisten Fällen nicht der Besitzer, sondern der Staat für die jetzige Lage die Verantwortung trägt. Jahrelang hat man den Bauern, die durch die Bodenreform oder die Aussiedlung in den Oder-Neiße-Gebieten selbständig wurden, jegliche Hilfe verweigert. Was sollte ein "Neubauer", dem man zwar ein paar Hektar Land, aber keine Wohnung, keine Stallungen, keine Maschinen und keine Tiere überlassen hatte, mit seinem Boden anfangen? In der stalinistischen Zeit betrachtete man die verzweifelten Versuche solcher Menschen, die sich trotz allem an ihren "Hof" klammerten, mit schadenfrohem Grinsen. Die Not wird sie schon auf den "richtigen" Weg, d.h. in die Kolchosen bringen, so glaubte man. GOMULKA-Polen konnte nur einem verschwindend kleinem Teil dieser Menschen eine ausreichende Kredit- und Materialhilfe bieten.

Der Parteichef verlangt, daß man allen Bauern, die unverschuldet ihren Hof verkommen lassen mußten, eine Art Nachbarschaftshilfe bietet. Offensichtlich ist der Staat nicht in der Lage, größere Summen in dieses Unternehmen zu investieren. Allerdings schränkt GOMULKA die Notwendigkeit einer Hilfe nur auf die Bauernhöfe ein, für die eine Aussicht besteht, durch die "Nachbarhilfe" aus der jetzigen Misere herauszukommen. Er gibt gleichzu, daß viele Bauernhöfe diese Perspektive nicht besitzen. Sie müssen einen neuen Eigentümer bekommen.

Die verkommenen Bauernhöfe, für die keine Perspektiven mehr bestehen, sollen vom Staat übernommen werden, der sie dann den Staatsfarmen und Kolchosen einverleibt oder sie an Bauernzirkel und Einzelbauern verpachtet.

Die Enteigneten sollen eine Entschädigung bekommen. In welcher Höhe und Form sie ausgezahlt werden soll, ist noch nicht entschieden. Nur eine Möglichkeit wurde angedeutet, nämlich, daß die bisherigen Besitzer eine Staatsrente bekommen könnten. Es scheint, daß man diese Form der Entschädigung bevorzugen will. Eine Rente dürfte nämlich nur derjenige bekommen, der schon im Rentenalter steht. Den anderen sollen die Jahre, die sie als Hofbesitzer verbracht haben, auf eine spätere Rente angerechnet werden.

Das GOMULKA-Regime hat die schwere Erbschaft der Stalinisten antreten müssen und ist immer noch damit beschäftigt, die damals begangenen Fehler zu beseitigen oder wiedergutzumachen. In seiner Rede vor dem ZK mußte GOMULKA aber einen Fehler gestehen, der nicht von den Stalinisten, sondern von ihm selbst begangen wurde und nun verbessert werden soll. Es handelt sich um die Zerstückelung von Bauernhöfen. Dieser verhängnisvolle Prozeß wird hauptsächlich in Südpolen beobachtet. Dort klammern sich die Bauern noch an die kleinsten Parzellen, hier hat die Landflucht nicht so große Ausmaße angenommen, wie in manchen anderen Teilen des Landes.

In der stalinistischen Zeit stellte man der Teilung von Höfen unter die Erben große Schwierigkeiten entgegen. Nach dem Oktober 1956 glaubte man alle Maßnahmen, die die Teilung eines Hofes erschwerten, rückgängig machen zu können. Heute, nach fast 5 Jahren, will GOMULKA eine weitere Zerstückelung der kleinen und kleinsten Bauernhöfe auf gesetzlichem Wege verbieten. Vorsichtig fügte GOMULKA hinzu, daß dieses gesetzliche Verbot "zumindst vorläufig" gelten soll.

2) Seewirtschaft

Zu den unbestrittenen Erfolgen im kommunistischen Polen gehört die Errichtung eines Industriezweiges, der im Vorkriegspolen völlig unbekannt war. Es handelt sich um den Schiffsbau. Das Vorhandensein der zwar angeschlagenen Schiffswerften in Danzig, Stettin und Elbing ersparte Polen einige zeitraubende und kostspielige Investitionen. Das war aber auch alles. Über irgendwelche Erfahrungen und geschulte Kräfte verfügte Polen auf dem Gebiete des Schiffbaues nicht.

Das erste Überseeschiff wurde im Jahre 1949 gebaut. Heute rangiert Polen im Schiffsbau an 9. Stelle in der Welt und unter den Schiffe exportierenden Ländern sogar an 6. Stelle. Der Schiffsbau entwickelt sich in Polen sehr dynamisch, im Laufe des vergangenen Jahres konnte Polen auf diesem Gebiete so traditionsreiche Länder wie Dänemark und Norwegen überholen. Im Vergleich zum Jahre 1959 produzierten polnische Werften im Jahre 1960 um 36 % mehr Schiffstonnage. Auch die Zubringerindustrien, wie z.B. der Schiffsmotorenbau wachsen sehr schnell. Noch vor einigen Jahren mußte Polen für jedes gebaute Schiff Teile und Einrichtungen importieren, die ein Viertel des Schiffes ausmachten. Heute beträgt der Anteil an importierten Teilen nur noch 14 % des Schiffswertes, bald soll aber auch dieser Anteil verschwinden.

Auch in den nächsten Jahren wird sich die Schiffsbauindustrie sprunghaft entwickeln. Polen investiert in seine Häfen, Werften, Zubringerindustrien usw. immer größere Summen. Während des Sechsjahresplanes (1950-55) investierte man in die Seewirtschaft knapp drei Milliarden Zloty. In der Zeit des ersten Fünfjahresplanes (1956-60) waren es schon 7 Milliarden, während des zweiten Fünfjahresplanes sollen es 17,6 Milliarden werden.

Das Wachstum der polnischen Handelsflotte hält nicht Schritt mit dem Tempo der Entwicklung der Werftindustrie. Die Tonnage der Handelsflotte beträgt gegenwärtig ca. 700.000 DWT und soll im Jahre 1965 bis auf 1,2 Millionen DWT heranwachsen (vor dem Kriege 100.000 DWT) Dieses relativ langsamere Wachsen der Handelsflottentonnage erklärt sich durch die Tatsache, daß Polen sehr viele Schiffe ins Ausland verkauft. Zu den Hauptabnehmern gehören die SU und China. Zu den Kunden der polnischen Werften gehören auch Entwicklungsländer wie Indonesien oder Brasilien. Einzelne Aufträge kommen auch aus hochentwickelten Industrieländern wie Frankreich. Die Qualität der in Polen gebauten Schiffe wird im allgemeinen als recht gut bezeichnet. In der neuesten Zeit begannen die polnischen Werften den Bau von Tankern. Es sollen Einheiten bis zu 35.000 DWT sein.

Der hohen Konjunktur für den Bau der Hochseeschiffe und dem Aufblühen der gesamten Seewirtschaft in Polen steht die Rückständigkeit und Stagnation in der Binnenwasserwirtschaft entgegen.

Die Binnenwasserwege sind nur im westlichen Teil des Landes vorhanden und auch dort zum größten Teil sehr stark vernachlässigt oder ganz außer Betrieb. Nur 1,4 % aller Gütertransporte werden auf dem Wasserwege abgewickelt. (In der Bundesrepublik sind es nach polnischen Angaben 50 %). Große Investitionen, wie Kanalbauten, sind für die kommenden Jahre nicht geplant. Nur 10 Prozent aller für die Wasserwirtschaft bestimmten Summen sollen dem Ausbau der Flußwerften zugute kommen. Die Bewirtschaftung der Binnengewässer muß noch lange Jahre warten, bis ihr jetziger Dornröschenschlaf beendet sein wird.

III. Soziale und kulturelle Probleme

1) Schulreform

In Kürze wird sich der Sejm in Warschau mit dem Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Schulreform beschäftigen müssen. Der Entwurf wurde nach den Richtlinien ausgearbeitet, die im Februar dieses Jahres vom Plenum des ZK genehmigt wurden.

Anfang Juni sprach der Minister für Bildungswesen, Waclaw TULODZIECKI, über die wichtigsten Kennzeichen der geplanten Reform. Auf dem Gebiete des Unterrichtes, so hob er hervor, sei eine Modernisierung der Schulprogramme im Sinne der "Politechnisierung der Schule" geplant. Auf dem Gebiete der Erziehung wolle man eine Steigerung des ideologischen Einflusses der Schule auf die Jugend erreichen, wobei die Schule die Jugend auch mit der Produktionsarbeit bekannt machen und dafür werben solle. Die Schulstruktur wird sich in der Form ändern, daß die siebenjährige Grundschule auf 8 Schuljahre verlängert wird. Infolge der Einführung der 8-jährigen Grundschule wird sich die Zahl der Schüler von 4,8 auf 6 Millionen vergrößern. Es wird notwendig sein, 120.000 neue Lehrer heranzubilden.

Um den Lehrerberuf attraktiver zu machen und den Lehrkörper zu stabilisieren, wird man in Zukunft darauf achten, daß die Lehrer nicht willkürlich von einer Schule in die andere versetzt werden. Die Lebensbedingungen der Lehrerschaft (Wohnungen, Arbeitszeit usw.) müssen wesentlich verbessert werden.

Der Besuch der 8-jährigen Grundschule ist obligatorisch für alle Jugendlichen. Die Schulpflicht umfaßt die Jugend vom 7. bis 17. Lebensjahr (vorher bis zum 16. Lebensjahr), worin eine Fortbildung (Oberstufe, Berufsschule usw.) eingeschlossen ist.

In dem Gesetzentwurf über die Schulreform, der dem SEDM vorgelegt wurde, heißt es, daß der Unterricht und die Erziehung in allen Lehranstalten Polens unentgeltlich und in der Wahl des Ausbildungsganges freiwillig ist. Diese Vorschrift bedeutet keine Änderung. Seit langem gibt es in Polen keine Schulgebühren.

Konfessionsschulen wird es nicht wieder geben. Sie sind schon längst abgeschafft (es gab noch welche in den ersten Jahren nach dem Kriege), und vor wenigen Monaten hat man auch den Religionsunterricht in den Schulräumen untersagt.

2) Wie wohnt man in Polen?

Die letzte Volkszählung in Polen fand am 6. Dezember 1960 statt. Vor wenigen Wochen veröffentlichte man einige provisorische Ergebnisse, die sich zum Teil auf die Wohnungsfrage beziehen.

Fast 30 Millionen Einwohner zählt Polen heute. Ihnen stehen 17,2 Millionen Wohnräume zur Verfügung. Das bedeutet, daß auf einen Wohnraum 1,66 Personen entfallen. Vor 10 Jahren gab es 3,5 Millionen Wohnräume weniger und die Personenzahl pro Raum betrug 1,75.

Der Fortschritt, den man in den letzten 10 Jahren erzielt hat, ist also sehr bescheiden. Die Wohndichte in den Städten blieb sogar gleich stark, wie aus der folgenden Statistik hervorgeht:

	<u>1950</u>	<u>1960</u>
insgesamt:	1,75	1,66
in den Städten	1,55	1,53
auf dem Lande	1,95	1,80

Eine Verbesserung (wenn man von solcher überhaupt sprechen kann) ist also nur auf dem Lande festzustellen. Auch die größten Anstrengungen, die man beim Wohnungsbau in den Städten machte, konnten die Wohndichte nicht auflockern.

Hier haben zwei Faktoren eine Rolle gespielt: Eine Massenwanderung der Dorfbewohner in die Städte und ein so starker Geburtenüberschuß, wie ihn sich das Land, nach der Meinung vieler Polen, gar nicht leisten kann.

Auf dem Lande hat man sehr viel weniger gebaut. Trotzdem wurde hier ein kleiner Fortschritt erzielt, wobei die schon erwähnte Landflucht eine entscheidende Rolle gespielt hat.

3) Die zurückgebliebene Provinz

Über die Trostlosigkeit des Lebens in einer kleinen Provinzstadt in Polen kann sich kaum jemand eine Vorstellung machen, der das nicht mit eigenen Augen gesehen hat. Ein kleiner Ausschnitt aus der Reportage, die am 14. Juni in dem Hauptorgan der Partei, "Trybuna Ludu" erschien, mag ein wenig Licht in die Zustände bringen.

"Kutno - die Hauptstadt eines Kreises, zählt 26.000 Einwohner. Ich machte einen Rundgang durch die Straßen dieses Städtchens.

Ich versuchte es mit den Augen eines Wählers zu betrachten (wenige Wochen früher fanden die Wahlen zum Sejm und zu den Volksräten statt - dabei wurde das Programm der wirtschaftlichen und kulturellen Aktivierung der Provinz aufgestellt) und gleich Wählerwünsche zu formulieren.

Einen Brief konnte ich nicht wegschicken, weil ich in der Kreisstadt Kutno nirgends ein Kuvert kaufen konnte. Angeblich waren sie nur im Augenblick nicht erhältlich. In dem kleinen Hotel bekam ich kein Bett, weil mir andere Gäste zugekommen sind. Das Mittagessen konnte ich erst in den späten Nachmittagsstunden (Schnitzel waren nicht frisch?) einnehmen.

Ein Restaurant wurde gerade renoviert, das andere war ausschliesslich für die Teilnehmer irgendeiner Konferenz reserviert, das dritte war überfüllt, schlecht gelüftet, die Bedienung träge. In einem Zeitungskiosk verkaufte man mir - ich hoffe aus Versehen - eine alte Nummer einer Wochenzeitschrift. Im Kino erstickte ich fast aus Mangel an Sauerstoff. In einem Kutnoer Kino scheinen Ventilatoren ein unerreichbarer Luxus zu sein.

Nachmittags hatte ich es eilig, nach Lowicz zu fahren, verzichtete also auf die Eisenbahnreise und kaufte mir eine Fahrkarte für den Bus.

Obwohl hier Ausgangsstation war, wurde der Bus erst mit einer Stunde Verspätung eingesetzt. Leute, die immer den Bus benutzen, wunderten sich nicht mehr. So etwas kommt hier dauernd vor."

4) Rentnerleben in Polen

Das Meinungsforschungszentrum, das beim Polnischen Rundfunk attachiert ist, entwickelt in den letzten Jahren eine starke Aktivität. "Trybuna Ludu" vom 22. Juni veröffentlichte einige Angaben über die Ergebnisse einer Umfrage, die das Zentrum unter 1.700 Frauen und Männer im Rentenalter durchgeführt hat. Die befragten Rentner sollten, repräsentativ für über eine Million, das Bild des Lebens der Rentner in Polen vermitteln.

Das Rentenalter in Polen beginnt für Männer mit 65, für Frauen mit 60 Jahren. Eine der Fragen, die man diesen Menschen stellte, lautete: "Bemühen Sie sich um eine Rente?" Die Hälfte antwortete darauf mit "Ja", die andere Hälfte mit "Nein". Dieses Ergebnis illustriert besser als alles andere die Situation der Rentner in Polen. Rentnerbrot ist Hungerbrot, dieser Ausspruch behielt Gültigkeit, obwohl nach dem Oktoberumschwung GOMULKIs die Renten etwas verbessert wurden.

Beschämend (nicht für die Beteiligten, sondern für das System) ist die Tatsache, daß ein Teil derjenigen, die vorläufig auf die ihnen zustehende Rente verzichtet, einfach nicht wußte, daß sie schon Anspruch auf eine Rente haben. Andere bewarben sich nicht mehr um Rente, weil sie bei ihren Bemühungen auf so große Schwierigkeiten gestoßen waren, daß sie einfach davor zurückschreckten. Der Krieg hinterließ in Polen in vielen Gegenden ein Chaos. Die Behörden wollen aber von jedem Antragsteller alle notwendigen Unterlagen haben, die manchmal gar nicht mehr zu besorgen sind. Nur 6,5 % aller Antragsteller gab dem Befrager an, sie wären auf keine bürokratischen Schwierigkeiten gestoßen.

Eine Anzahl von Rentnern übt noch nebenbei einen Beruf aus. Dies ist in Polen gestattet, soweit der Nebenverdienst nicht zu hoch ist. In den größeren Städten leben nur 43 % ausschliesslich von ihrer Rente. In den Kleinstädten ist dieser Anteil viel höher (60 %), weil dort die Möglichkeiten eines Nebenverdienstes für Rentner sehr beschränkt sind.

IV. Polen und das Ausland

1) Posener Messe

Die diesjährige Internationale Messe in Posen wurde am 11. Juni eröffnet und dauerte zwei Wochen. Es war die XXX. in Posen durchgeführte Messe, und wohl aus diesem Grunde hielt der polnische Außenhandelsminister, Witold TRAPCZYNSKI, Rückschau auf die bisherige Geschichte dieser Veranstaltung.

Die erste Messe in Posen fand 1921 statt, damals noch ohne Beteiligung des Auslandes. International wurde die Messe erst vier Jahre später, im Jahre 1925, als sich in Posen Aussteller aus 16 Ländern zusammenfanden.

Nach dem Kriege wurde die Messe zum ersten Male im Jahre 1947 veranstaltet. Polen hatte sich damals von seinen Kriegswunden noch nicht erholt, konnte weder viel bieten noch im Ausland kaufen, und darum besaß die Messe zunächst keine große Bedeutung. Nur bis zum Jahre 1950 wurde die Messe in Polen veranstaltet, dann schloß sich dieses Fenster zum Ausland und Polen erstarrte für 5 Jahre in der Isolation der stalinistischen Ära.

Im Jahre 1955 wurde die Messe wieder eröffnet und wird seitdem jedes Jahr im Juni veranstaltet. Vielen Besuchern des Jahres 1956 bleibt die Revolte der polnischen Arbeiter gegen ihre kommunistischen Ausbeuter unvergeßlich.

Im Jahre 1955 fanden sich in Posen ausländische Aussteller aus 24 Ländern ein. Im Jahre 1961 ist die Zahl der teilnehmenden Länder auf 57 angewachsen.

Für den polnischen Außenhandel spielt die Messe in Posen eine immer wichtigere Rolle. Im vorigen Jahre betragen alle während der Messe getätigten Transaktionen 8 % sämtlicher Außenhandelsumsätze Polens. In diesem Jahre hat sich die Höhe der Umsätze, die während der Messe zustandekamen, verdoppelt. Bei 60 % dieser Transaktionen hatte Polen andere Ostblockländer zu Partnern. Der Rest entfällt auf das "kapitalistische" Ausland.

Die gesamte Ausstellungsfläche der Messe betrug 100.000 qm. Aussteller aus 30 überseeischen Ländern nahmen ein Zehntel der Gesamtfläche in Anspruch. Den Rest teilten zu gleichen Teilen das Gastland Polen und europäische Aussteller.

Die Messe wurde besucht von 440.000 Einheimischen und 10.000 Ausländern. Unter letzteren betrug die Zahl der Geschäftsleute 8.000, der Rest rekrutierte sich aus Touristen.

Etwa die Hälfte des polnischen Ausstellungsraumes nahmen Erzeugnisse der Schwerindustrie ein. Die westlichen Aussteller haben in der Mehrzahl ebenfalls die Erzeugnisse ihrer Schwerindustrie stark in den Vordergrund gestellt. Diese Tatsachen spiegeln die Hauptinteressen des polnischen Außenhandels wider, der seine industrielle Basis stark ausbaut und dazu Maschinen und Einrichtungen aus dem Ausland braucht. Andererseits ist Polen in immer stärkerem Maße daran interessiert, für die Erzeugnisse der eigenen Schwerindustrie im Ausland Abnehmer zu finden.

2) Richtlinien des polnischen Außenhandels

Nach Angaben des polnischen Außenhandelsministers, Witold TRAPCZYNSKI, ist den Bemühungen, den Anteil an Maschinen, Transportmitteln und industriellen Einrichtungen im polnischen Export zu vergrößern, immer mehr Erfolg beschieden worden. Im laufenden Jahre soll der Anteil dieser Erzeugnisse in der polnischen Ausfuhr auf 30 % steigen und den Wert von 450 Millionen Dollar erreichen. Im Jahre 1965 wird dieser Anteil noch höher sein und 37 % betragen. Ein Vergleich illustriert den Fortschritt der letzten Jahre: Im Jahre 1965 betrug der Anteil der obengenannten Erzeugnisse nur 14 % des Gesamtexportes. Sein Wert entsprach 125 Millionen Dollar.

Der Import von Maschinen, Einrichtungen und Transportmittel beträgt gegenwärtig ebenfalls 30 % des Wertes der Gesamteinfuhr. Schon im nächsten Jahre soll der Wert der exportierten Maschinen usw. den Wert der eingeführten übertreffen.

Die Handelsumsätze zwischen Polen und dem "kapitalistischen" Ausland (gemeint sind hier alle Länder, die nicht zum Ostblock gehören) sollen im laufenden Jahre um 10 % gesteigert werden. Dabei will man den polnischen Export um 14 %, den Import um 6 % erhöhen. Die Rolle der unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Südamerikas im polnischen Außenhandel wird immer größer. Der Anteil dieser Länder an den Gesamtumsätzen Polens mit der "kapitalistischen" Welt betrug im Jahre 1959 18 % und soll in diesem Jahre auf 23 % steigen.

3) Großbritannien als Handelspartner Polens

Großbritannien gehört zu den Hauptpartnern im Außenhandel Polens und nimmt den vierten Platz ein (hinter der SU, der "DDR" und der CSR). Die Briten stehen also an erster Stelle unter den westlichen Handelspartnern Polens.

Die Außenhandelsumsätze Polens mit dem Vereinigten Königreich betragen im vorigen Jahre 750 Millionen Devisenzloty (4 Devisenzloty = 1 Dollar). Das waren fast 60 Millionen Zloty mehr als im vorhergehenden Jahre. Der Saldo des Warenaustausches mit Großbritannien gestaltet sich günstig für Polen, weil der Wert der Ausfuhr um 50 Millionen Zloty höher liegt, als der Wert der Einfuhr (398 und 355 Millionen Devisenzloty).

Am 6. Juni unterzeichnete man in Warschau das Protokoll zum Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern, das die Höhe des Warenaustausches für das laufende Jahr bestimmt. Er soll im Vergleich zum vergangenen Jahre um 15 % steigen.

Beide Handelspartner maßen dem Akt der Unterzeichnung größere Bedeutung bei. Sie wurde dadurch betont, daß der Präsident des britischen Board of Trade, Reginald Maudling (entspricht dem Außenhandelsminister) und sein Stellvertreter persönlich die Unterzeichnung vornahmen. In der polnischen Hauptstadt spricht man davon, daß der Umfang der Umsätze zwischen den beiden Ländern sich noch zusätzlich vergrößern könnte, wenn die noch vor kurzem erwartete Erweiterung des Warenaustausches zwischen Polen und der Bundesrepublik nicht zustande kommen sollte.